

Liberaler Leitgedanken für Lüdenscheid Programm zur Kommunalwahl 2009



Bürger und Gemeinde als Partner

"Das Wichtigste im Staat sind die Gemeinden, und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger".

Theodor Heuss (FDP), erster Bundespräsident.

Diese Aussage ist Grundlage für die Kernforderung der FDP, die kommunalen Anstrengungen für den Bürger nutzbringend und einsichtig zu gestalten.

Das wesentliche Ziel der FDP ist es, die Lebensqualität der Bürger in Lüdenscheid zu sichern und zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

Unser Grundsatz: Gemeinsam Zukunft gestalten.

Wirtschaft, Finanzen und Stadtentwicklung

Eine hohe Lebensqualität in unserer Stadt kostet Geld. Gerade heute, in einer Zeit, in der Lüdenscheid hoch verschuldet ist und die globale Finanzkrise unkalkulierbare Folgen befürchten lässt, benötigen wir eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, um unserer Stadt ihren Handlungsspielraum zurückzugeben und zu erhalten.

Unsere Stadt ist unter anderem ein Zentrum des Werkzeug- und Formenbaus, der Oberflächenveredelung, Kunststoffverarbeitung und Lichttechnik. Wir sind aus Tradition eine innovative Stadt. Unsere Stärke ist die Qualifikation unserer Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Dabei sind kleine und mittlere Unternehmen das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie brauchen faire Wettbewerbsbedingungen und Freiräume zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Wirtschafts- und Technologiezentrum schaffen

Bedeutende regionale Bildungseinrichtungen sind am Bahnhof Lüdenscheid zu konzentrieren. Dort entsteht ein Wirtschafts- und Technologiezentrum, das die neue Niederlassung der Fachhochschule Südwestfalen aufnimmt. Außerdem ist das Lehrerseminar aus der Medardusschule hierher zu verlagern. Durch die gemeinsame Planung lassen sich Synergieeffekte erzielen und durch den Wegzug aus der Corneliusstraße entspannt sich die Parkplatzsituation in der Altstadt.

Regionale 2013 nutzen

Wir begrüßen die aktuelle Beteiligung der Stadt Lüdenscheid an der Regionale 2013. Diese bietet Chancen, die weit über die Bereiche Wirtschaft, Finanzen und Stadtentwicklung hinausgehen. Sie muss dazu genutzt werden, die Vorzüge unserer Stadt über Südwestfalen hinaus bekannt zu machen und die Zusammenarbeit mit Nachbarstädten und dem Märkischen Kreis nachhaltig zu stärken.

Kommunale Finanzen reformieren

Um unsere Stadt zu entlasten und ihr Spielraum für eine attraktive Gestaltung zu geben, müssen die Gemeindefinanzen grundlegend reformiert werden. Zur dauerhaften Finanzsicherung bedarf es einer ernsthaften Gemeindefinanzreform, unter Abschaffung der Gewerbesteuer und ersatzweise Einführung einer eigenen Kommunalsteuer (12-Prozent-Anteil am Umsatzsteueraufkommen und Einführung eines eigenen kommunalen Hebesatzes auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer bei gleichzeitiger Absenkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze des Bundes). Das liberale Gemeindefinanzmodell schafft eine höhere Stabilität der Einnahmen unserer Stadt und führt zudem zu einer größeren Sensibilität mit den städtischen Finanzen. Bürger und Wirtschaft werden bei den kommunalen Leistungen genauer hinsehen, wenn hiervon die Höhe ihrer kommunalen Steuer abhängt.

Privatisierungen ermöglichen

Die FDP setzt sich für eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik ein, die die mittelfristigen und langfristigen Ziele der Stadt verfolgt. Eine populistische Gefälligkeitspolitik, die kurzfri-

stig alle Wünsche erfüllt, aber langfristig zur Überschuldung führt, lehnen wir als unverantwortlich ab. Die FDP tritt dafür ein, die Ausgaben in Lüdenscheid immer wieder kritisch zu überprüfen. Erfolgreich hat sich die FDP dafür eingesetzt, dass in der Gemeindeordnung der Grundsatz „Privat vor Staat“ verankert wurde. Viele Aufgaben, die heute von den Kommunen geleistet werden, gehören nicht zu deren Kernaufgaben und können von Bürgern oder privaten Unternehmen besser und kostengünstiger selbst erfüllt werden.

Gewerbeflächen bereitstellen

Als Grundsatz muss immer gelten: Lückenschluss geht vor Flächenverbrauch. Statt in den Höhegebieten muss Gewerbe bevorzugt auf Industriebrachen und in Tallagen, z.B im Elspe- und Lösenbachtal angesiedelt werden. Die gewerbliche Nutzung des Bahnhofsgeländes in Brügge muss zügig umgesetzt werden.

Brachflächen müssen in einem Kataster erfasst und deren Vermarktung verbessert werden.

Innenstadt attraktiv gestalten

Die Innenstadt muss attraktiv werden, und zwar unter Anbindung der Oberstadt, der Knapper Straße und des Forums am Sternplatz. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den dort ansässigen Geschäftsleuten und Anwohnern verkehrstechnische und städtebauliche Lösungen erarbeiten. Es müssen kostenlose Kurzzeitparkplätze eingerichtet und ungenutzte Flächen als Parkplätze erschlossen werden.

Der Parkplatz „Theodor-Schulte-Platz“ muss durch einen Durchgang in der Mitte der hinteren Knapper Straße besser angebunden werden. Umzusetzen ist auch die Verbesserung und Erweiterung des Parkleitsystems, dazu gehört besonders der Hinweis auf die Belegungsdichte des Theodor-Schulte-Platzes und des Parkplatzes neben dem Geschwister-Scholl-Gymnasium.

Tourismus fördern

Lüdenscheid verfügt über eine landschaftlich reizvolle Umgebung sowie ein attraktives Kultur- und Freizeitangebot, das sie einzigartig und für auswärtige Gäste interessant macht. Die FDP tritt dafür ein, dieses große Potential offensiver zu nutzen und damit mehr Besucher zu uns einzuladen.

Moderne Verwaltung

Die FDP setzt sich für eine schlanke Verwaltung ein. Dies erfordert eine umfassende und ständige Aufgabenkritik mit dem Ziel einer Konzentration auf das Notwendige.

Die als Kernaufgaben der kommunalen Verwaltung erkannten Bereiche sind konsequent auf Leistungs- und Qualitätsziele auszurichten. Dort, wo es die Haushaltslage zulässt, wollen wir die Belastungen für Bürger und Unternehmen senken, um Investitionen und neue Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Die bisherige Struktur von Ämtern und Dezernaten ist durch eine Aufteilung in Fachbereiche zu ersetzen. Neue Dezernenten sind nicht mehr einzustellen.

Mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen

Die FDP will die Bürger aktiv und frühzeitig an der Ausarbeitung von Planungsvorhaben beteiligen. Bei der Aufstellung des Haushaltes sollen die Bürger stärker einbezogen werden (Bürgerhaushalt).

Zum besseren Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern gehört auch eine verständlichere Sprache. In Schreiben der Verwaltung müssen Fachwörter entweder erläutert oder weggelassen werden.

Sicherheit gewährleisten

In unserer freiheitlichen und offenen Gesellschaft ist Sicherheit ein elementares Bedürfnis der Menschen. Daher brauchen wir die Balance aus Freiheit und Sicherheit. Öffentliche Sicherheit wird täglich und unmittelbar spürbar erlebt. Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Belästigung muss eine liberale Bürgergesellschaft gewährleisten. Die Antwort auf die Probleme unserer Gesellschaft kann nicht so eindimensional sein wie der Ruf nach Videoüberwachung. Wichtig ist viel-

mehr, dass wir die Probleme an der Wurzel angehen. Mit Sprachförderung, Bildung und Sport schaffen wir Lebens- bzw. Berufsperspektive und vermeiden dadurch das Abgleiten in Kriminalität. Wir stehen für eine Kultur des Hinsehens und Helfens, jeder Bürger ist gefragt. Wir alle müssen zusammen mit Hilfseinrichtungen, Polizei, Ordnungskräften, Schulen und der örtlichen Wirtschaft ein Netzwerk für mehr Sicherheit schaffen.

Die Stadtplanung muss zur Kriminalitätsprävention beitragen und Angsträume wie Unterführungen und „dunkle Ecken“ umgestalten.

Die Funktionsfähigkeit und Effizienz der Feuerwehr und der Hilfsdienste des Katastrophenschutzes haben eine hohe Bedeutung für die Sicherheit vor Ort. Hier darf nicht gespart, sondern muss Wert auf eine optimale Versorgung gelegt werden.

Verkehrsplanung

Bahnverkehr attraktiver gestalten

Die Stadt Lüdenscheid muss an das überregionale Verkehrsnetz durch einen schnellen und komfortablen Ausbau der Strecke Lüdenscheid-Hagen-Dortmund („Volmetalbahn“) angebunden bleiben. Dazu gehört auch die Vermeidung von Stillstand beim Begegnungsverkehr in Rummenohl durch Wiederherstellung der Zweigleisigkeit zwischen Rummenohl und Priorei bzw. Dahl. Die Wiederbelebung von Strecken in weitere Nachbarstädte wie Halver, Kierspe und Meinerzhagen und darüber hinaus über Marienheide nach Köln bleibt unser Ziel; Voraussetzung bleibt ein wirtschaftlicher Betrieb.

Insbesondere bei der Neugestaltung des Lüdenscheider Bahnhofsgeländes ist dafür zu sorgen, dass neben einer vereinfachten Umsteigemöglichkeit zwischen Bus und Bahn auch kostenlose Pkw-Parkmöglichkeiten für Bahnreisende eingeplant werden. Die beiden Bahnhöfe müssen endlich vom Stadtrand an ausgeschildert werden, nicht erst am Bahngelände.

Verkehrsfluss verbessern

Die Struktur unseres Raumes lässt einen Verzicht auf die tägliche Nutzung des individuellen Fahrzeuges nicht zu. Wir sind deshalb auf unsere Straßen in funktionstüchtigem und verkehrssicherem Zustand angewiesen. Für den Straßenverkehr in und nach Lüdenscheid gilt der Grundsatz der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs, weil nur das am meisten vor schädlichen Umwelteinflüssen schützt.

Wir fordern deshalb, auf Hauptverkehrsstraßen den Verkehrsfluß wieder zu beschleunigen. Auf allen Hauptverkehrs- und Ausfallstraßen ist die „Grüne Welle“ konsequent zu installieren. Auf ausgebauten Durchgangsstraßen muss die Zulässigkeit höherer Geschwindigkeiten geprüft werden.

Überflüssige Ampelanlagen abschaffen

Ganz oder teilweise überflüssige Ampelanlagen sind abzubauen bzw. außerhalb der Hauptverkehrszeiten konsequent abzuschalten, um den Verkehrsfluss zu stärken und für die Bürger schädliche Lärm- und Abgasemissionen zu verringern. An verbleibenden Verkehrsampeln ist der Rechtsabbiegeverkehr gesondert zu leiten. Soweit möglich sind sie mit „Grünen Pfeilen“ auszustatten.

Bei Neu- und Ausbauten von Verkehrsknotenpunkten sind Kreisverkehre zu bevorzugen.

Überflüssige Verkehrszeichen endlich abbauen

Wir wollen nicht länger in „Lüdenschild“ leben. Daher ist das Stadtgebiet zügig und flächendeckend nach überflüssigen Verkehrszeichen zu durchsuchen.

Tempo 30 nur in Wohngebieten zulassen

Teure Straßen-Aufpflasterungen zum Zwecke der Verkehrsberuhigung sind zu unterlassen. Lediglich zur Entschärfung von Gefahrenpunkten insbesondere für Kinder in Wohngebieten dürfen und sollen Tempobeschränkungen eingerichtet werden.

Schulwege und Schülertransporte sichern

Besondere Bedeutung hat die Sicherung von Schulwegen und zwar sowohl auf Rad- und Gehwegen als auch durch eine ausreichende Zahl von Busplätzen während Schulanfang und –ende. Bushaltestellen sind baulich so zu sichern, dass Kinder nicht zu Schaden kommen können. Die Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen darf nicht vernachlässigt werden.

Abkassieren am Straßenrand beenden

Sämtliche Parkscheinautomaten am Straßenrand sind abzubauen. Durch eine Parkscheibenregelung muss ein Blockieren der Parkplätze durch Dauerparker verhindert werden. So lässt sich die Attraktivität der Einkaufsstadt Lüdenscheid steigern. Innerstädtische Randlagen wie Knapp, Kluse und Oberstadt können endlich wieder kostenlos besucht werden.

Jugend- und Sozialpolitik

Kinder und Jugendliche beteiligen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Ihre Entwicklungschancen müssen neben einer erstklassigen Ausbildung auch durch die Förderung ihrer Eigeninitiative, Mitwirkung und Verantwortung für sich und ihre Mitwelt verbessert werden.

Dazu gehört auch, dass Jugendliche an die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse unserer Stadt und unserer Demokratie herangeführt werden. Die FDP fordert deshalb die Einrichtung eines Jugendstadtrates, der beratend in Belangen der Kinder- und Jugendpolitik an den Entscheidungen in unserer Stadt mitwirkt.

Kindern und Jugendlichen müssen auch Entfaltungsräume eröffnet werden, in denen sie ihre eigene Kultur erleben können. Das den Lüdenscheider Jugendlichen bei der gegen den Widerstand der FDP durchgesetzten Schließung des Jugendzentrums Schillerbad gegebene Versprechen, einen anderen Veranstaltungsort für jugendkulturelle Veranstaltungen anzubieten, wurde bis heute nicht erfüllt.

Familien und Kinder fördern

Der demographische Wandel verändert unsere Stadt. Unsere Bevölkerungsstruktur wird zunehmend älter, die Einwohnerzahl sinkt, gleichzeitig steigt der Anteil zugewanderter Mitbürger. Die FDP tritt dafür ein, diesem gesellschaftlichen Wandel offensiv zu begegnen und seine Chancen und Risiken als wesentliche Querschnittsaufgabe zu begreifen, die nahezu alle Bereiche unserer Politik vor Ort betrifft. Wir brauchen ein tragfähiges Handlungskonzept, das alle Beteiligten einbindet und zu einem gesamtstrategischen Ansatz für Lüdenscheid führt. Die FDP will, dass zukünftig alle kommunalpolitischen Entscheidungen dahingehend überprüft werden, ob sie der demographischen Entwicklung gerecht werden („Demographie-Check“). Zudem braucht Lüdenscheid klare Handlungsprioritäten. Nur wenn wir in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren, sind wir dauerhaft zukunftsfähig. Dafür brauchen wir zielgruppenorientierte und angemessene Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein attraktives Bildungsangebot, das unseren regionalen Begebenheiten gerecht wird. Wir setzen uns für ein vielfältiges Angebot an Kindertageseinrichtungen aller Trägergruppen ein, damit Eltern zwischen unterschiedlichen Grundrichtungen der Erziehung wählen können. Wir unterstützen zudem die Einrichtung von Betriebskindergärten, weil sie im gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmern mit Kindern und Arbeitgebern sind und zusätzliche Flexibilität schaffen. Wir wollen Informationen für Familien etwa durch ein regionales Familienportal im Internet verbessern, ein attraktives Wohnumfeld für Familien schaffen sowie Spiel- und Freizeiträume für Kinder und Jugendliche erhalten und ausbauen. Ziel muss es sein, eine lebenswerte Stadt auch für Ältere zu schaffen, damit sie in ihrem eigenen Wohnumfeld verbleiben können.

Generationen verbinden

Senioren spielen zukünftig in unserer Stadt eine noch größere Rolle als zuvor. Die FDP tritt dafür ein, einerseits die Interessen und Bedürfnisse der Älteren stärker zu berücksichtigen und ihnen andererseits neue Chancen zu ermöglichen, wie sie sich für unsere Gesellschaft vor Ort engagieren können. Wir wollen einen Generationendialog, in dem die Jungen von dem Wissen der Älte-

ren profitieren und umgekehrt die Jüngeren die Älteren in ihrem Alltag unterstützen. Seniorenpolitik wird heute noch zu sehr aus der Perspektive möglicher Benachteiligungen oder Pflegebedürftigkeit formuliert. Diese Aspekte müssen weiterhin berücksichtigt werden. Ältere Menschen sind heute selbstbewusster, engagierter und mobiler denn je. Zudem verfügen sie überwiegend über eine hohe Kaufkraft und sind ein großes Potential für unsere Stadt. Wir wollen dieses nutzen, um mit einer seniorengerechten Planungspolitik ihre Mobilitäts-, Wohn- und Freizeitbedürfnisse zu erfüllen. Generationenübergreifende Projekte wie etwa das Mehrgenerationenwohnen sollten gefördert werden.

Infrastruktur und Wohnraum anpassen

Nicht nur eine älter werdende Gesellschaft schafft neue Herausforderungen, sondern auch die abnehmende Einwohnerzahl in Lüdenscheid. Um die Lebensqualität zu erhalten und weiterhin ein attraktives Angebot für die Bürger aufrechtzuerhalten, sind intelligente Lösungen gefragt. Wir setzen uns dafür ein, öffentliche Einrichtungen durch gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten zu erhalten. Eine Konzentration auf wenige Standorte, die dafür attraktiver gestaltet und verkehrlich optimal angebunden sind, kann dazu beitragen, die kommunale Infrastruktur der demographischen Entwicklung anzupassen. Auch die Verwaltung muss sich den Veränderungen stellen. Wir fordern, dass überall dort, wo es möglich ist, unsere Stadt mit ihren Nachbarorten Kooperationen eingeht, um Synergien zu schaffen. So können zahlreiche Ämter Teile ihrer Aufgabenfelder zusammenlegen, ohne den Service für den Bürger dabei zu verringern oder ihre Selbstständigkeit zu verlieren.

Ehrenamt stärken

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Ehrenamt. Ohne dieses Engagement von tausenden Mitbürgern in Sport- und Kulturvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im THW, in Bürgerinitiativen, in den Sozialdiensten und nicht zuletzt in der Kinder- und Jugendarbeit wäre unsere Gesellschaft vor Ort gar nicht lebensfähig. Die FDP tritt dafür ein, eine Anerkennungskultur auch auf andere Bereiche zu übertragen. Um die herausragende Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen weiterhin zu unterstützen, treten wir dafür ein, dass ehrenamtliche Arbeit gefördert und nicht durch eine Vielzahl von Vorschriften bürokratisch erschwert wird. Auch die Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen. Gerade vor Ort können die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem eigenen Beitrag wesentlich zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes und ihrer Lebensqualität beitragen. Die FDP lädt alle dazu ein, sich aktiv zu beteiligen, in der Bürgergesellschaft, aber auch in unserer Partei mitzuwirken. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort werden wir Liberalen eine lebendige und zukunftsorientierte Politik für unsere Stadt gestalten.

Bildung und Kultur

Musikunterricht weiterentwickeln

Die musikalische Erziehung ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung aller Fähigkeiten junger Menschen. Sie kann nicht früh genug beginnen. Die städtische Musikschule leistet hervorragende Arbeit. Ihre Wirksamkeit kann durch stärkere Vernetzung mit Kindergärten und Grundschulen gesteigert werden. Die Voraussetzungen hierfür müssen durch Politik und Verwaltung beibehalten und womöglich zusätzlich entwickelt werden.

Musikschule bezahlbar halten

Die Lüdenscheider Musikschule trägt in erheblichem Maße zur kulturellen Bereicherung unserer Stadt bei. Die Höhe der Gebühren darf für begabte Musikschüler - auch unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Führung der Musikschule - keine Hemmschwelle für die Nutzung sein. Die Personalkosten der Musikschule dürfen nicht nur vom öffentlichen Tarifrecht gesteuert werden. Um Wartelisten zu vermeiden sind Honorarkräfte vermehrt kostendeckend zu beschäftigen.

Museen lebendig gestalten

Neben allen bestehenden Vorhaben muss eine ständige pädagogische Betreuung für alle Schulformen geleistet werden. Dieser Dienst sollte ohne Neueinstellungen gestartet werden. Dies kann

durch Vernetzung mit der Fachabteilung der städtischen Bücherei stattfinden. Besucher sollten durch eine Computer-Animation neugierig gemacht werden.

Der Bremecker Hammer soll in den Landschaftsverband Westfalen-Lippe zur Stärkung seiner Aktivitäten in Südwestfalen überführt und damit in der Öffentlichkeit bekannter werden. Ein Anschluss an das Museumsdorf Mäckinger-Bach-Tal führt zu Synergie-Effekten und Einsparungen im städtischen Haushalt. (Angeschlossen werden könnte auch noch das Herscheider Hammerwerk "Schwarze Ahe").

Die Arbeit des Museums ist um die geschichtliche Entwicklung von der keltischen Eisengewinnung über die erste germanische Besiedlung unserer Landschaft bis zum Wachstum von Gewerbe und Wirtschaft zu ergänzen.

Für Neuerwerbungen sollen Mittel dadurch gewonnen werden, dass Gegenstände, die nicht in dieses Museumskonzept passen, veräußert werden.

Bildungseinrichtungen vernetzen

Neben dem qualitativen und quantitativen Ausbau der einzelnen Bildungseinrichtungen forciert die FDP als weiteren Schritt die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften.

Ziel des liberalen Projekts „Wissensstadt“ ist es, die jeweiligen Bildungseinrichtungen in ihrer Region untereinander, aber auch mit allen anderen relevanten Einrichtungen unserer Umgebung zu vernetzen. Erste Ansätze dazu sind bereits vorhanden. So gibt es bereits Kooperationen zwischen Schulen und ortsansässigen Unternehmen, bei denen Schüler Praktika absolvieren und auf diese Weise erste Eindrücke in der Arbeitswelt sammeln. Solche Projekte müssen von unserer Stadt systematisch gefördert, ausgebaut und zu einem dauerhaften System verdichtet werden. Wir treten dafür ein, dass jede weiterführende Schule mit einem Wirtschaftsunternehmen als Partner kooperiert, damit sich Schüler und Lehrer über die praktischen Anforderungen der Berufswelt informieren können. Zudem sollte die enge Zusammenarbeit mit SIHK, Handwerkskammer, Arbeitsagentur, Fachhochschule Südwestfalen und den Berufskollegs gesucht werden, um Jugendlichen frühzeitig Orientierung für ihr zukünftiges Berufsleben zu geben.

Kulturaustausch beleben

Die kulturelle Vielfalt der Partnerstädte soll für Lüdenscheider Bürger erlebbar gemacht werden. Dies soll durch wechselseitigen Austausch von Künstlern, Orchestern, Musikern, Schauspielern sowie Leihgaben von Museen und Galerien geschehen.

Vereinsarbeit anerkennen

Vereine auf kulturellem, sozialem, naturschützenden und sportlichen Gebiet bereichern unsere Gesellschaft und unsere Stadt. Eine vielfältige Vereinslandschaft motiviert zur aktiven Gestaltung der Freizeit und fördert soziale Verantwortung sowie die Integration. Insbesondere im Jugendbereich leisten die Vereine wertvolle Arbeit, die die Stadt ohne großen finanziellen Aufwand selber nicht leisten könnte.

Das ehrenamtliche Engagement vieler Vereinsmitglieder muss anerkannt werden. Die städtischen Zuwendungen an Vereine dürfen bei aller Notwendigkeit zur Einsparung nicht weiter zusammengestrichen werden.

Denkmäler schützen

Kinder und Enkel sollen sich ein Bild von der Entwicklung ihrer Stadt machen können. Deshalb sind erhaltenswerte Gebäude und Straßenzüge vor dem Abriss zu bewahren.

Die Eigentümer müssen bei diesem Vorgang kostenlos aktiv beraten und in der Planung von Nutzungsabsichten unterstützt werden. Im städtischen Haushalt ist hierfür und für Gestaltungswettbewerbe (mit Preisgeldern) eine besondere Position einzuräumen

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Programm der FDP benutzen wir den Begriff Bürger, um alle Menschen die in Lüdenscheid leben und arbeiten anzusprechen. Wir bitten um Ihr Verständnis, wenn im Text zur Vereinfachung auf die weibliche Form von Bürger verzichtet wurde.